



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Bilanz +++ Rot-Grün +++ Selbstbedienungsladen +++ Leerstand +++ Obdachlosenbunker +++ Kulturipp

Eine kurze Bilanz einer kurzen Wahlperiode



Plenarsaal der Hamburgischen Bürgerschaft im Rathaus

Mit den für den 20. Februar 2011 angesetzten Neuwahlen zur Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen ist die zurückliegende Wahlperiode erneut vorfristig beendet worden. Was hat das Engagement für die noch junge Partei DIE LINKE und die parlamentarische Arbeit gebracht?

Die grüne Partei verstand sich seit dem überraschenden Zusammengehen mit der CDU keineswegs als Verfechter einer »transparenten und bürgernahen Politik«. Die schon zuvor angefangenen Leuchtturmprojekte - Elbphilharmonie, »Modernisierung« der Elbinseln, Elbvertiefung, Kohlekraftwerk Moorburg - wurden brav weitergeführt, und im Gegenzug durfte die GAL eine Modernisierung des Schulsystems einleiten und einige PR-Projekte in Sachen Umwelt, Klima und Energie verfolgen.

Nicht einmal die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise und die enormen Kapitalaufstockungen bei der HSH Nordbank brachten die Koalitionäre zur Raison. Die politische Gesamtbilanz von Schwarz-Grün ist negativ: Die Schulreform blieb stecken, von einem Aufbruch in der Umwelt- und Klimapolitik kann keine Rede sein, und über allem schwebt das Damoklesschwert einer kreativen Buchführung bei den öffentlichen Finanzen. In dem Versuch, trotz seiner unseriösen Finanzpolitik die Bilanz zu schönen und die Fassade aufrecht zu erhalten, verfolgte der schwarz-grüne Senat nicht nur eine kurzfristig orientierte und unsolide Haushaltspolitik, sondern bediente sich auch zahlreicher Tricks.

Schwarz-Grün setzte die Politik der Vertiefung der sozialen Spaltung der Vorgänger-Senate fort. Die Grünen haben sich

von ihren früheren Politikansätzen verabschiedet, seit sie mitregierten: Kein Sozialticket, das den Möglichkeiten der SozialleistungsbezieherInnen Rechnung trägt, kein Armuts- und Reichtumsbericht, keine soziale Stadtteilentwicklung und keine Förderung eines preiswerten Mietwohnungsbaus.

Die Hamburger Sozialdemokraten gingen tief gespalten in die dritte Legislaturperiode als Opposition. Affären und personelle Querelen beherrschten ihr Erscheinungsbild. Erst in den letzten Monaten hat der frühere Arbeits- und Sozialminister Scholz Ruhe in die Reihen der Sozialdemokratie gebracht und zumindest organisationspolitisch einen Neuanfang durchgesetzt. Weithin herrscht freilich der Eindruck vor, dass in Hamburg eher eine konservative Strömung die sozialdemokratische Politik bestimmt. Nun scheint die Rückkehr der SPD an die Schalthebel der politischen Macht in Hamburg so gut wie sicher. Aber im Grunde bleibt völlig offen, was außer einem geordneten Umgang mit den öffentlichen Finanzen eigentlich anders und besser werden soll.

Der desaströse Zustand der Finanzen wird eher zum Anlass genommen, Maßnahmen gegen die soziale Spaltung und die Notlagen vieler BürgerInnen der Stadt zu vertagen. Ein politischer Neuanfang, ein Aufbruch in eine andere Entwicklungsrichtung sieht anders aus. Sowohl die Rotstiftpolitik als auch der Verzicht auf eine angemessene Beteiligung von Unternehmen und Vermögensbesitzern an der Finanzierung des Gemeinwesens untergraben die Zukunftsfähigkeit der Stadt und damit die Lebensperspektiven der Mehrheit ihrer BürgerInnen. Hamburg für alle geht anders und wäre bei entsprechendem politischen Willen auch machbar.

Es kommt in den nächsten Jahren darauf an, Investitionen in wichtige Zukunftsfelder der Stadt – vom Verkehr, über den Wohnungsbau, den Ausbau von Kitas und Schulen sowie Hochschulen und Wissenschaft bis hin zu einer umweltverträglichen Hafenentwicklung – voranzubringen. Hamburg hat Möglichkeiten, gerade auch die Einnahmesituation bei den öffentlichen Finanzen zu verbessern und zwar nicht nur durch den Ausstieg aus unsinnigen »Leuchtturmprojekten«.

Ein vernünftiges öffentliches Dienstleistungsangebot erreicht man nicht durch weitere Leistungskürzungen, sondern nur durch die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel. Dazu muss zunächst der Haushalt auf überflüssige bzw. »nicht notwendige« Projekte wie HafencityUniversität, Behör-

denumzüge etc. durchforstet werden. Durch solche Umschichtungen könnten viele der vom gescheiterten schwarz-grünen Senat mit dem Haushalt 2011/2012 angedachten oder schon auf den Weg gebrachten, volkswirtschaftlich schädlichen und unsozialen Maßnahmen korrigiert und stattdessen dringend erforderliche öffentliche Investitionen in den Bereichen Bildung, (sozialer) Wohnungsbau, soziale Infrastruktur und Verkehr (Ausbau des ÖPNV) auf den Weg gebracht werden.

Neben der Verbesserung der von Hamburg zu leistenden Steuerpraxis brauchen wir eine deutliche Korrektur der Steuerpolitik auf Bundesebene. Für den Landeshaushalt von herausragender Bedeutung sind dabei

- der Ausbau der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Gemeindefinanzierungssteuer und die Umstellung der Bemessungsgrundlage bei der Grundsteuer auf aktuelle Verkehrswerte;

- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Auch die innerhalb der schwarz-grünen Koalition schon einmal im Gespräch gewesene Erhöhung der Spitzensteuersätze könnte über entsprechende Initiativen im Bundesrat auf den Weg gebracht werden.

DIE LINKE wird – falls sie wieder in die Bürgerschaft und die Bezirksversammlungen einzieht – erneut beweisen können, dass Veränderung mit politischer Opposition beginnt. Meine Erwartungen an die mögliche Oppositionsrolle der CDU sind nicht sehr hoch. Deshalb muss vorrangig in der Auseinandersetzung mit einer Politik von Sozialdemokratie und Grünen verdeutlicht werden kann, was ein grundlegender Politikwechsel in der Region bedeutet.

Mit ihrer Kandidatur bei den Neuwahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft eröffnet die Partei DIE LINKE in Hamburg die Reihe der Kommunal- und Landtagswahlen in der Bundesrepublik. Die Hamburger Partei kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten, um die programmatischen Alternativen zur gescheiterten neoliberalen Politik zu verdeutlichen.

Am Mittwoch, den 5.1.2011, stellt DIE LINKE im Wahlkreis 1 ihre KandidatInnenliste zur Bürgerschaft und zum Bezirksparlament auf. Ich bewerbe mich erneut um die Vertretung dieses Wahlkreises in der Bürgerschaft. In dieser Wahlkreisversammlung wird selbstverständlich auch meine kurze Bilanz zur Diskussion stehen.

Wahlkreisversammlung

im Wahlkreis 1 am **Mittwoch, den 5. Januar 2011, um 18:30 Uhr**

im Versammlungsraum **»Junges Hotel« Kurt-Schumacher-Allee 14**

Tagesordnungspunkte:

- Wahl der KandidatInnen für die Wahlkreisliste im Wahlkreis 1 für die Wahl der Bezirksversammlung Mitte der Freien und Hansestadt Hamburg in 2011
- Wahl der KandidatInnen für die Wahlkreisliste im Wahlkreis 1 für die Wahl zur 20. Wahlperiode der Hamburgischen Bürgerschaft

Was bringt Rot-Grün in Hamburg?



Hamburg steuert auf eine rot-grüne Koalition zu – zumindest arithmetisch. Meinungsumfragen bescheinigen dieser Konstellation eine klare Mehrheit. Nach dem Bruch der schwarz-grünen Koalition kommt für die Grünen (GAL) nur die SPD als Partnerin in Frage. Auch der Spitzenkandidat der SPD, der frühere Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, machte deutlich, dass er die GAL favorisiert. »Da passen die meisten Dinge zusammen.« Ein Richtungswechsel in der praktischen Politik zeichnet sich mit der neuen Konstellation jedoch nicht ab.

Beide Parteien können sich in einem Umfragehoch sonnen. Die SPD liegt stabil bei ungefähr 40%. Nach dem aktuellen ZDF-Politbarometer profitiert die GAL davon, dass sie die Koalition mit der CDU gekündigt hat: Sie kletterte von 12 auf 22%. Dass sie bei den Demoskopern bis zum Ausstieg aus der Koalition weit schlechtere Umfragewerte hatte als ihre Parteifreunde im Rest der Republik, sie viele Kröten (vom nicht verhinderten Kohlekraftwerk bis zur gescheiterten Schulreform) schlucken musste, trug ebenso zum Bruch bei wie die Aussicht, mit den in der Hansestadt hoch gehandelten Sozialdemokraten erneut eine rot-grüne Liaison beginnen zu können.

Wilfried Maier von der GAL lässt gleichwohl Skepsis erkennen. Er ist bei der Koalitionsfrage zurückhaltend. »Mit der SPD verbinden uns mehr programmatische Gemeinsamkeiten, während die Kommunikations- und Umgangsformen

in der Koalition mit der CDU freundlicher waren. Das liegt auch daran, dass die Konkurrenz mit der SPD stärker ist, eben weil die Überschneidungen bei der Programmatik und bei der Wählerschaft größer sind.« Die GAL-PolitikerInnen haben in guter Erinnerung, dass das gleichberechtigte Regieren mit der SPD in Hamburg in vielfacher Hinsicht schwierig war. Sie wollen nach der Koalition mit der CDU selbstbewusster Machtpolitik verfolgen.

Hauptargument auf die Frage, was denn die schwarz-grüne Koalition erreicht habe, ist denn auch der Verweis, die GAL habe eine große Koalition verhindert. Unter einer großen Koalition wäre sicherlich auch in der großen Krise wirtschafts- und finanzpolitisch gegengesteuert worden und vermutlich hätte man die traditionellen Wirtschaftsbereiche energischer gefördert. Mit Sicherheit hätte die SPD als Koalitionspartner dem Mietwohnungsbau eine höhere Priorität gegeben. Ob der Haushalts- und Finanzpolitik die Phase der »kreativen Buchführung« erspart geblieben wäre, kann rückblickend nicht geklärt werden.

Selbstverständlich hätte die Opposition unter solchen politischen Rahmenbedingungen keine parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zur HSH Nordbank und Elbphilharmonie durchsetzen können. Insgesamt wäre die Verwaltung der Stadt vermutlich etwas professioneller ausgefallen und

Befreiung der Gesellschaft von der Mafia

Veranstalter: Istituto Italiano di Cultura Hamburg und Hamburgischer Richterverein, in Zusammenarbeit mit: DGB Nord, CGIL Campania, Patronato Inca CGIL Hamburg, Libera Terra, La Fabricca di Nichi

Gespräch mit Francesco Forgione, Autor des Buches »Mafia Export«, Luigi DE Magistris, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, sowie den Bürgerschaftsabgeordneten Günter Frank (SPD) und Joachim Bischoff (DIE LINKE)

Freitag, 14.1.2011, 19.00 Uhr, Grundbuchhalle im Ziviljustizgebäude, Sievekingplatz 1

etliche Fehlentwicklungen wären erfolgreicher unter den Teppich gekehrt worden.

Die GAL geht mit dem Bewusstsein in die neue Wahlauseinandersetzung, die Koalition mit der CDU habe sich auf jeden Fall gelohnt. Es sei vieles in Gang gesetzt worden – »auf dem Feld der Stadtentwicklung beispielsweise mit der Bauausstellung und dem Ausbau der Fahrradwege. Diese Dinge zeigen erst nach und nach Wirkung. Bei der Schulreform war die Reihenfolge unseres Herangehens falsch. Man hätte sich zunächst um die Qualität des Unterrichts kümmern müssen und nicht so schnell und stark auf die Strukturveränderung mit der Primarschule setzen sollen. Ich halte an meiner Überzeugung fest, dass es im Prinzip sinnvoll ist, Kinder länger gemeinsam lernen zu lassen. Es war aber ein Fehler, diese Veränderung von oben zu oktroyieren, und zum zweiten falsch, dass wir uns nicht zuerst um die Qualitätsverbesserung an Schulen gekümmert haben, bevor wir die Primarschule einführen, damit die Eltern auch das Vertrauen haben, dass dies funktioniert.« So die Bilanz des früheren Senators Maier. Über die fragwürdige Energie- und Umweltpolitik (Moorburg) spricht er allerdings ebensowenig wie über die Defizite in der Verkehrspolitik (Autobahnbau im Süden und miserable Gestaltung des Ausbaus des Öffentlichen Nahverkehrs).

Was haben wir also zu erwarten? Auch hier dürfte Maier für die Mehrheit der GAL sprechen: »In den nächsten Jahren wird ein unpopuläres Thema sehr dominant sein, das ist die

Haushaltskonsolidierung. Das bedeutet, dass die Haushalte in einer Dimension zurückgefahren werden müssen, wie dies den Menschen noch gar nicht bewusst ist. Wenn alle Investitionen aus laufenden Einnahmen bezahlt werden müssen, wird dies eine richtig schwierige Anstrengung werden.« Die Botschaft ist unzweideutig: Kürzung bei den so genannten Konsumausgaben, d.h. Transferleistungen. Dann Maßnahmen zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Stadt und ihrer Ökonomie durch Wissenschaft, Kultur und ein wenig Wohnungsbau. »Schule und Kita müssen gut organisiert werden, dies sind zentrale Anliegen der Hamburger, aber keine große Streitthemen mehr.« Mag sein, dass in den Medien Schule und Kita abgehakt sind, aber die sozialen Probleme drücken hier nach wie vor, wie die jüngsten Zahlen über Armut, Transferbezug und benachteiligte Kinder in den schlechter gestellten Stadtteilen belegen.

Die GAL wird also die soziale Spaltung so stark herunterspielen wollen wie in der letzten Wahlauseinandersetzung. Eine Politik der durchgreifenden Verbesserung der Einnahmekonstellation ist nicht zu erwarten und insofern werden Kürzungspolitik und Unterfinanzierung vieler öffentlicher Bereiche die Landespolitik auch weiterhin prägen. Da auch von einem anderen Umgang mit öffentlichen Unternehmen keine Rede ist, werden auch bei Energie, Wohnen, Arbeitsmarkt und sozialer Stadtteilentwicklung die Veränderungen von einer restriktiven Haushaltspolitik geprägt bleiben.

Ein herzliches Dankeschön!

Ein bewegtes Jahr geht zu Ende: Große Demonstrationen gegen den sozialen und kulturellen Kahlschlag und die Wohnungsnot, Rücktritte von Senatoren und Bürgermeisterinnen, das Platzen der schwarz-grünen Koalition.

Ein voraussichtlich nicht minder bewegendes steht an: Zerbricht die Europäische Konstruktion, wie geht es weiter mit der LINKEN – und nicht zuletzt: Was bringen die Neuwahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 20. Februar 2011?

Spannende Fragen, denen es sich zu stellen und für die Antworten mit zu entwickeln lohnt.

Ich bedanke mich bei all denen, die meine bisherige Arbeit unterstützt und mir in verschiedenen Zusammenhängen im vergangenen Jahr Vertrauen entgegengebracht haben. Dazu gehören auch die LeserInnen des BürgerInnenbriefes, die mit der kritischen Lektüre und aufmunternden Reaktionen Mut gemacht haben.

Ihnen allen wünsche ich ein gutes Jahr

2011

Öffentliche Finanzen als Selbstbedienungsladen



Durch die Hintertür: Frigge ist sich keiner Schuld bewusst.

Die rheinland-pfälzische CDU hat die illegale Parteienfinanzierung für den Landtagswahlkampf 2006 zugegeben. Die Mainzer Finanz-Trickserie sollte verschleiern, dass die CDU des Landes verbotenerweise Gelder der CDU-Landtagsfraktion für den Wahlkampf einsetzte. Insgesamt sollen knapp 400.000 Euro aus der Fraktionskasse in den Wahlkampf geschleust worden sein.

In die Affäre ist auch der ehemalige Hamburger Finanzsenator Carsten Frigge (CDU) verwickelt. Er war Inhaber der Beratungsagentur C4 Consulting, die 2006 für die CDU Rheinland-Pfalz gearbeitet hat. »Die Agentur C4 Consulting hat ihre Beratungsleistungen in 2005/2006 offensichtlich im Wesentlichen für den Wahlkampf der CDU Rheinland-Pfalz erbracht.« Als Unternehmensberater hatte Frigge mit seiner Firma C4 die CDU-Landtagsfraktion beraten und dafür 386.000 Euro kassiert. Das Problem: Es ging dabei anscheinend um ein Wahlkampfkonzept für die Mainzer CDU, also die Partei, nicht die Fraktion. Und dies gilt als illegale Parteienfinanzierung. Frigge hatte dies bislang bestritten. Die Mainzer Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Frigge wegen des Verdachts der Beihilfe zur Untreue. Der Verdacht jetzt: gemeinschaftlicher Betrug in Tateinheit mit Untreue.

Die C4 Consulting GmbH wurde 1997 in Düsseldorf als Spin-off einer großen internationalen Unternehmensberatung gegründet. Die Organisationsberatung ist auf die Verbindung von harten und weichen Faktoren des Unternehmenserfolgs spezialisiert. Der Beratungsschwerpunkt liegt daher auf dem Management von Veränderungsprozessen, z.B. im Zuge von organisatorischen Neuausrichtungen, Restrukturierungen oder auch strategischen Veränderungen.

Frigge hatte die Unternehmensberatung C 4 Consulting gegründet und der Aufsichtsratschef der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, hat für die Firma die ersten Aufträge akquiriert. Kopper kannte das aufstrebende Talent durch den Dasa-Chef Jürgen Schrempf; dieser hatte Frigge 1991 zu seinem Referenten für Grundsatzfragen gemacht. Nach zweieinhalb Jah-

ren wechselte Frigge in die Geschäftsführung von Tailleur, einem Familienunternehmen, das damals mit Verpackungen für die Autoindustrie rund 100 Mio. D-Mark (51 Mio. Euro) Umsatz machte. Nachdem er die Firma in eine schlagkräftige Holding verwandelt hatte, ging er zur Unternehmensberatung Roland Berger. Berger kannte Frigge schon aus Dasa-Zeiten und engagierte ihn als Berater.

Schon 2006 versuchte der CDU-Senat den Beust-Freund Frigge mit einem lukrativen Auftrag zu versorgen. Dessen Beratungsfirma C4 sollte damals ein Sportstadtkonzept entwickeln. Eine Ausschreibung des 50.000 Euro umfassenden Auftrags war offenbar nicht geplant. Nach Veröffentlichung eines Artikels über diese Verbindung verzichtete der Senat auf die offizielle Vergabe des Auftrags an den CDU-Parteifreund.

Frigge war während seiner Amtszeit auch im Zusammenhang mit der HSH-Nordbank-Affäre kritisiert worden. Medien hatten ihm eine zu große Zurückhaltung bei der Aufklärung der Vorwürfe gegen das skandalgeschüttelte Bankhaus vorgeworfen. Der frühere Staatsrat in der Hamburger Finanzbehörde war im März 2010 Finanzsenator geworden.

Laut Staatsanwaltschaft ergaben sich die Verdachtsmomente aus den Ermittlungen gegen den bereits wegen Untreue verurteilten früheren Geschäftsführer der rheinland-pfälzischen CDU-Fraktion Hebgem und aus einem Prüfbericht des Landesrechnungshofs. »Ich bin mir keiner Schuld bewusst«, sagte Frigge. Er kündigte an, in vollem Umfang mit der Staatsanwaltschaft zusammenzuarbeiten. »In der Sache, da bin ich mir todsicher, ist nichts angreifbar.«

Fakt ist: Für Hamburg ist das ein einmaliger Vorgang, und auch bundesweit muss man lange suchen, um halbwegs ähnliche Fälle zu finden. Die für den Fall des Ex-Finanzsenators typische Kombination aus Selbstbedienungsmentalität und harter Sparpolitik für große Teile der Bevölkerung hat allerdings einen sicheren Effekt: Sie verstärkt die Skepsis vieler BürgerInnen gegenüber dem politischen System.

Heizung durch Körperwärme im Eisbunker



»Schamwände« im »Erfrierungsschutzraum« Hachmannplatz

Im Tiefbunker unter dem Hachmannplatz am Hauptbahnhof wurde Anfang Dezember ein »Erfrierungsschutzraum« für Obdachlose eingerichtet – eine Maßnahme im Rahmen des so genannten Winternotprogrammes, das am 1. November angelaufen ist und noch bis zum 15. April 2011 laufen wird. Bereits im Sommer waren mehrere (Not-) Unterkünfte für Wohnungs- und Obdachlose überfüllt (ich habe darüber in früheren BürgerInnenbriefen berichtet), vor allem für Frauen stellte sich die Lage katastrophal dar: Die Einrichtung »Frauenzimmer« war mit 155% »belegt«, etliche Frauen mussten auf Stühlen übernachten.

Vor diesem Hintergrund wäre die rasche Bereitstellung von weiteren Übernachtungsplätzen (DIE LINKE fordert seit langem 800 bis 1.000 zusätzliche Unterbringungsplätze) seitens der zuständigen Sozialbehörde zu begrüßen – wenn die konkreten Bedingungen in einem maroden Bunker nicht einen Skandal allererster Ordnung ans Tageslicht förderten.

Ksenija Bekeris von der SPD-Fraktion und ich haben zeitgleich in zwei Kleinen Anfragen den Senat um Auskunft zur Situation in dieser Notunterkunft gebeten. Die Antworten bestätigen die schlimmsten Befürchtungen: Die Zahl der im Bunker übernachtenden Männer ist von 35 (am 3.12.) auf 93 (am 16.12.) angewachsen. Die Einrichtung wird um 17 Uhr geöffnet, am nächsten Morgen um 9 Uhr sind die Räume wieder zu verlassen. Zwischen 17 und 21 Uhr ist ein/e Sozialarbeiter/in zugegen, daneben sind in der gesamten Zeit fünf Personen im Wachdienst tätig. Morgens ist zwei Mal in der Woche wiederum ein/e Sozialarbeiter/in vor Ort sowie täglich ein polnischer Straßensozialarbeiter.

Die Antwort auf die Frage »Wie ist die Beheizung der jeweiligen Räumlichkeiten im Bunker Hachmannplatz beschaffen?« lautet lapidar: »Es gibt keine Heizung in den Räumen.« Weiter heißt es in der Senatsantwort: »Durch die Lage des Schutzraumes im U-Bahnbereich sinkt die Temperatur in den Räumen regelmäßig nicht unter 15 Grad ab. Im Rahmen

der stundenweisen Nutzung der Räumlichkeiten ergibt sich zudem eine Erwärmung der Raumtemperatur.« Diese Sätze sind an Zynismus kaum mehr zu überbieten – die Temperatur sinke »regelmäßig nicht unter 15 Grad ab« und die obdachlosen Menschen würden dann glücklicherweise mit ihrer Körperwärme für eine höhere Raumtemperatur sorgen... Zu Recht weist die gesundheitspolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE, Kersten Artus, darauf hin, dass 15 Grad die Temperatur ist, die das Bundesgesundheitsamt für Flure und Toiletten als ausreichend erachtet, Räume dagegen, in denen sich Menschen längere Zeit aufhalten, ohne zu arbeiten, müssen eine Temperatur von 20 Grad haben.

Auch die hygienischen Einrichtungen im Tiefbunker sind unzumutbar, wie die Antwort auf die Anfrage von Ksenija Bekeris ergibt. Immerhin seien alle 18 Toiletten sowie das Pissoir »funktionstüchtig«. »Die Toiletten sind durch eine Schamwand voneinander getrennt und vorne mit einem Vorhang versehen.« Das trifft allerdings für die 16 zur Verfügung stehenden Waschgelegenheiten nicht zu, sie »sind nicht voneinander getrennt«. Im Klartext: Obdachlose Menschen im Tiefbunker liegen in dunklen, muffigen Räumen auf Etagen-Pritschen, die Toiletten sind notdürftig abgetrennt, die Waschgelegenheiten nicht einmal das. Und es herrschen Temperaturen von regelmäßig 15 Grad, manchmal, wenn die Körperwärme ausreicht, auch ein bißchen mehr... Aber »nach einer Alternative zum Bunker werde derzeit nicht gesucht«, lässt die zuständige Behörde laut taz am 23.12.2010 verlauten.

Mit Menschenwürde hat diese Notunterkunft nichts zu tun. Anstelle den Rechtsanspruch von Obdachlosen auf eine qualitativ angemessene Unterkunft zu gewährleisten, wird nun auch in »Erfrierungsschutzräumen« der viel zu geringe Standard in Notunterkünften weiter abgesenkt. DIE LINKE fordert, die Bedingungen im Tiefbunker Hachmannplatz sofort zu verbessern und schnellstmöglich vernünftige Unterkünfte bereitzustellen!

Kleinkariert gegen Leerstand

Obwohl die grün-schwarze Koalition längst zerbrochen war, bot sich am 15./16. Dezember in der Hamburgischen Bürgerschaft nochmals ein Trauerspiel in mehreren Akten. DIE LINKE hatte Anträge eingebracht, deren Inhalte auch von der SPD und den Grünen schon einmal vertreten wurden. Es hätte also die Chance bestanden, den in die Minderheit geratenen CDU-Senat enorm unter Druck zu setzen. Doch weder die Grünen noch die SozialdemokratInnen wollten diese Gelegenheit nutzen: Antrag zur Prüfung eines Bürgertickets, d.h. der mittelfristig kostenfreien Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs: mit den Stimmen der CDU, GAL und SPD abgelehnt; Antrag zur Abschaffung der Studiengebühren: abgelehnt; Anträge zum Erhalt der Privilegien der öffentlichen Wasserversorgung und zur Rekommunalisierung der Strom-, Wärme- und Gasnetze: abgelehnt; und auch der Antrag zur Beibehaltung des Familienpasses: mit den Stimmen der CDU, GAL und SPD abgelehnt.

Die Begründung vor allem seitens der SPD lautete jeweils, man könne solcherart Beschlüsse erst nach der Neubildung des Senats fassen und müsse im Übrigen auch die haushaltspolitischen Auswirkungen abwägen...

Diesen kleinkarierten Machtspielchen im Vorfeld der Bürgerschaftswahl mochte DIE LINKE nicht folgen. Getreu dem Grundsatz, Maßnahmen zu befördern, die die Lage der Bevölkerung verbessern, wurde der SPD-Antrag »Leerstand bekämpfen – Änderung des Wohnraumschutzgesetzes« mit ihren Stimmen unterstützt. Hier ging es im Kern darum, das Hamburgische Wohnraumschutzgesetz effektiver zu gestalten, um gegen spekulativen Leerstand vorgehen zu können durch

- das grundsätzliche Untersagen der Zweckentfremdung,
- die Datierung des Leerstandes ab dem Zeitpunkt des Vermieters-Auszuges,
- ein deutlicheres Wohnnutzungsgebot,
- die Anzeigepflicht des Vermieters nach maximal sechs Mo-

- naten Leerstand (unter Androhung eines Bußgeldes),
- die Fristsetzung zur Neuvermietung innerhalb von zwei Monaten nach zwölfmonatige Leerstand sowie
- die Aufstockung der bezirklichen Wohnraumschutzabteilungen.

Mit der alten Mehrheit von CDU und GAL wurde dieses Ansinnen verhindert. Um überhaupt eine Verbesserung zu erreichen, stimmten schließlich auch die SPD und DIE LINKE dem erheblich »kleiner« ausgefallenen CDU-GAL-Antrag »Stadtentwicklung mit Weitsicht: Wohnungsleerstand sinnvoll und beschleunigt beseitigen« zu. Er sieht zumindest die folgenden Punkte vor:

- das Gewährleisten der gesetzlich bereits verankerten »vereinfachten Nachfragemöglichkeit« bei VermieterInnen mit Leerstand,
- die Prüfung einer Zwischennutzung bei mehrmonatigem spekulativem Leerstand, z.B. durch Belegung,
- die Prüfung einer Zwischennutzung bei Leerstand infolge geplanter Umbaumaßnahmen von mehr als sechs Monaten,
- die Erstellung eines »aktuellen Überblicks über den Wohnungsleerstand« bis März 2011.

Es wäre erheblich mehr drin gewesen, wenn die GAL sich auch an dieser Stelle von der an der Immobilienwirtschaft orientierten CDU gelöst und die weiterreichende Gesetzesnovelle unterstützt hätten. Der Wohnungsleerstand hat mittlerweile in Hamburg eine Dimension erreicht, die eine deutlich schärfere Gangart verlangt – akut fehlen 30.000 bis 40.000 Wohnungen in der Stadt.

Doch der Senat hatte in diesem Zusammenhang schon gemauert, als die zuständige Stadtentwicklungsbehörde noch von der grünen Senatorin Hajduk geleitet wurde. Auf meine Kleine Anfrage nach länger leer stehenden Wohnungen gab der Senat vor einigen Monaten die Zahl mit lediglich 250 an. Selbst die SAGA GWG verzeichnete bereits per 1. Januar 2010

joachimbischoff.de

Aktuelle Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können demnächst als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Also lieber einmal mehr vorbeischaun!

The screenshot shows the homepage of Joachim Bischoff's website. At the top, it identifies him as a member of the Hamburg City Council (Bürgerschaft) and the DIE LINKE faction. The main content area features an article titled "Linke Gedenk- und Erinnerungskultur in Hamburg" by Michael Jule, dated 22. September 2010. The article discusses the commemoration of the 1945 liberation of Hamburg and the role of the DIE LINKE faction. A sidebar on the right lists "Alle Beiträge" and "DIE LINKE in Hamburg" with various categories and links.

einen vierstelligen Leerstand, wie mir der Senat inzwischen mitteilen musste. Nach der neueren Antwort standen damals immerhin 192 Wohnungen sieben bis zwölf Monate und weitere 582 Wohnungen sogar über zwölf Monate leer. Insgesamt wurden 1.578 leer stehende Wohnungen registriert.

Kaum hatte der Mieterverein »Mieter helfen Mietern« (MhM) im Juli 2010 eine Kampagne ins Leben gerufen, konnte er bereits – ohne große Mühe – 30 länger leer stehende Wohnungen vor allem im Schanzenviertel benennen. Im Newsletter des Vereins vom 30. November heißt es: »MhM zeigt Leerstand von weiteren 60 Wohnungen an. Seit unserer letzten Leerstandsanzeige im August 2010 ist nicht viel passiert. Hundert Wohnungen hat MhM in den letzten Monaten als leerstehend gemeldet. Senat und Bezirke ignorieren das Problem, derweil selbst in gefragten Lagen wie im Schanzenviertel Wohnraum über längere Zeit leer steht. Hier könnten 200-300 Menschen schnell eine neue Bleibe finden. Doch der Senat versperrt sich der hierfür erforderlichen Änderung des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes.«

Mittlerweile ist von einer »Gängeviertel-Initiative« aus dem Umfeld des Netzwerks Recht auf Stadt Anfang Dezember 2010 ein »Leerstandsmelder« im Internet installiert worden (www.leerstandsmelder.de). Weit mehr als 200 Einträge mit konkreten Daten und Fotos sind bereits eingeflossen, und täglich kommen neue Leerstandsmeldungen hinzu. »Die Resonanz war überwältigend«, zitiert die »Morgenpost« am 12.12.2010 Michael Ziehl, einen der Initiatoren der Aktion: »Es gab bisher keine zentrale Plattform, bei der alle Leerstände gemeldet werden konnten.«

Natürlich muss man sich fragen, warum die Behörden bisher nicht selbst auf diese Idee gekommen sind. Offenbar besteht zum einen kein gesteigertes Interesse an aktuellen Zahlen, zum anderen ist das für diese Frage zur Verfügung

stehende Personal viel zu gering: In allen sieben Bezirken sind gerade einmal 8,5 Stellen mit dem Wohnungsleerstand befasst, wenn sich die SachbearbeiterInnen denn ausschließlich mit diesem Thema beschäftigen.

Grundlos und über Monate leer stehender Wohnraum ist illegal – ein besonderer Skandal angesichts zehntausender fehlender Wohnungen in Hamburg. Das CDU-Lamento im Stadtentwicklungsausschuss, »der Senat halte den vorhandenen Leerstand gegenwärtig nicht für das Hauptproblem«, flankiert von den aufrechten GAL-VertreterInnen, die »davor warnten, dem Leerstand eine zu große Bedeutung beizumessen« (Protokoll des Stadtentwicklungsausschusses vom 20.10.2010), wirkt vor diesem Hintergrund bizarr bis zynisch.

Es kommt hinzu, dass die stadteigene SAGA GWG auch unter ihrer Aufsichtsrätin Anja Hajduk im Jahr 2010 keine einzige (!) Wohnung fertig stellen wird. Von den Mitgliedern des Senats muss erwartet werden können, dass sie jedwede Möglichkeit ergreifen, die Wohnungsnot kurzfristig zu lindern. 2.000 länger leer stehende Wohnungen – so die Schätzung der MhM-Geschäftsführerin Sylvia Sonnemann in der »Szene« vom Oktober 2010 – sind schließlich keine Kleinigkeit.

Der Widerstand gegen diese Geringschätzung eines dringenden Problems ist gewachsen, wie nicht zuletzt die Leerstandsdemonstration am 23. Oktober 2010 mit gut 7.000 TeilnehmerInnen gezeigt hat. Für den März 2011 wird die nächste große Demo zum Einklagen des Wohnrechts der Menschen in Hamburg vorbereitet. Damit werden gleich nach der Bürgerschaftswahl Zeichen gesetzt, um einem möglichen GAL-SPD-Senat eine massive Ausweitung des Wohnungsbauprogramms nachhaltig ins Pflichtenheft zu schreiben. DIE LINKE jedenfalls wird das auch in Zukunft einfordern (siehe hierzu auch die Ausarbeitung »Soziales Pulverfass Wohnen« auf www.linksfraktion-hamburg.de).



Demo gegen Leerstand am 23. Oktober 2010

KulturTipp: Ist Hamburg zukunftsfähig?



Europäische Umwelthauptstadt 2011 ohne Gestaltungswillen?

Das Buch »Zukunftsfähiges Hamburg. Zeit zum Handeln« ist vom renommierten Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie unter Leitung von Michael Kopatz verfasst worden. Auftraggeber waren die Hamburger Organisationen des Bunds für Umwelt und Naturschutz (BUND), der Diakonie und des Zukunftsrats. Alleine das Zusammengehen dieser Einrichtungen lässt aufmerken. Hinzu kommt, dass die 256seitige Studie gerade rechtzeitig zu Beginn des Jahres vorgelegt wird, in dem Hamburg als »Europäische Umwelthauptstadt« gefeiert werden will. Das allerdings dürfte angesichts der in dem höchst anregenden Text zu findenden Analysen und Schlussfolgerungen nicht so einfach werden. Bereits einleitend bemängeln die Herausgeber, »dass das Klimaschutzprogramm Hamburgs kaum ausreichen wird für eine nachhaltige Energie- und einen wirksamen Ressourcenschutz zugunsten der nachfolgenden Generationen«; für die nötige Nachhaltigkeitsstrategie sei zudem »kaum politischer Druck oder Gestaltungswille erkennbar«.

Die AutorInnen gehen von der Klima- und Ressourcenkrise aus und entwickeln dann – gut gegliedert – Anforderungen

und Alternativen zu den Komplexen Leben (»Daheim«, »Unterswegs« und »Im Kopf«), Arbeiten, Verwalten, Versorgen, Wertschöpfen und Wachsen. Es geht um provokante, bisweilen sehr radikale Ansätze, deren Realisierung noch mit so mancher Auseinandersetzung, mit intensiver Bürgermobilisierung und einem umfassenden Bewusstseinswandel einhergehen muss. Da wird zum Beispiel das Modell einer »Kurzen Vollzeit für alle« entwickelt, ein Bürgerticket – der kostenfreie ÖPNV, für den Hamburg tatsächlich in die Geschichte eingehen könnte... – durchgespielt und die Vision einer »Fairtrade« und einer »Nullemissions«-Stadt entworfen. Hinterfragt wird die Wachstumsideologie und für die Umsetzung ihrer Vorschläge proklamieren die AutorInnen vor allem »Mut und Entschlossenheit«.

Das Buch enthält viele Anregungen und auch wichtige Argumente, ist mit Grafiken und Tabellen angereichert und liest sich ganz unkompliziert. Mal schauen, ob die vermeintliche Umwelthauptstadt 2011 einige der Vorschläge annimmt. Erschienen ist das Buch im Dölling und Galitz Verlag und kostet 9,90 Euro.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**